

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. - Verleger: Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstraße 3. - Fernsprechnr. 1111 bis 1114. - Postzeitungsamtliche Nr. 210. - Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. - Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite total 13 Pf., auswärts 15 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeigen 1 mm Höhe u. 27 mm Breite total 23 Pf., Kleinanzeigen 1 mm Höhe u. 27 mm Breite total 75 Pf., auswärts 90 Pf. - Abdruck von Texten nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Druck ohne Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 123 Magdeburg.

Nr. 74

Magdeburg, Dienstag den 27. März 1928

39. Jahrgang

Stwas Licht ins Dunkel

Die Untersuchung der Marinekandale ist beendet. Der für diesen Zweck eingesetzte Unterausschuß des großen Haushaltsausschusses legt seinen Bericht vor. Er wird dort am Montag besprochen werden und voraussichtlich am Dienstag das Plenum beschäftigen.

Die Untersuchungen und Feststellungen des Unterausschusses beschäftigen all die Annahmen und Gerüchte, die Anfang März umflogen und Eingang in die Presse fanden. Der Leiter der sogenannten Seetransportabteilung des Marineamts, der Kapitän Lohmann, hat fünf Jahre lang ein eignes Amt im Amt aufgezogen und mit den Millionen selbständig gewirtschaftet, ohne das er jemals revidiert oder zur Rechnungslegung aufgefordert worden ist. Lohmann stützte sich auf eine Generalermächtigung, die ihm zur Zeit des Ruhrkriegs von dem damaligen Leiter des Marineamts, dem Admiral Behne, ausgestellt worden ist und die der jetzige Leiter, der Admiral Zenker, ausdrücklich weiterlaufen ließ. Dessen Vorgesetzter, der Reichswehrminister Geßler, hat die Generalermächtigung ebenfalls gekannt und bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt Anfang Januar d. J. gebilligt. Auch Geßler hat in den 5 Jahren nie eine Revision der Lohmannschen Unternehmungen veranlaßt oder herbeizuführen versucht.

Den Grundstock zu den Mitteln, über die Lohmann verfügte, lieferte der sogenannte Ruhrfonds in Höhe von 10 039 767 Mark. Diese zehn Millionen wurden ihm von März bis Mai 1923 gegeben zur Zeit, als die Papiermark noch galt und von Tag zu Tag schließlich von Stunde zu Stunde ins Bodenlose fiel. Da den Zwecken Lohmanns mit einer wertlosen Währung nicht gedient war, so wurden ihm die rund 10 Millionen Goldmark in Devisen, also festen ausländischen Zahlungsmitteln überwiehen, und zwar durch Vermittlung des Reichsbankdirektoriums. 10 Millionen Goldmark waren damals eine ungeheure Summe. In jener Zeit, als Milliarden Papiermark nötig waren, um nur eine einzige Goldmark vorzukstellen. Die damalige Regierung Cuno hat schließlich mit Hilfe des Reichsbankdirektoriums sich am Falle der Papiermark kräftig beteiligt. Wir wollen uns erinnern, daß jene Regierung aus „Nachmännern“ zusammengesetzt war. Die Nachmänner haben nachmännische Arbeit geleistet im Sturze der Papiermark. Ein wunderbares Bild, das das Mißtrauen gegen die „Nachmänner“ der Rechte verstärkt wird. Dem Ministerium Stresemann ist von der Abzweigung des Ruhrfonds zu Günden Lohmanns nichts bekanntgeworden.

Die 10 Millionen waren nur die Basis, auf der Lohmann und seine Mitarbeiter ihre kaufmännischen und militärischen Fähigkeiten spielen ließen. Es kamen hinzu Restgelder aus dem Kriegsgefangenentransport (nahezu 1 Million), Erlöse aus dem Verkauf von drei Kriegsschiffen und von Geräten (rund 300 000 Mark) und heimliche Ueberweisungen aus dem Marineetat (1 145 427). Außerdem hat Lohmann gepumpt. Insgesamt 6 950 000, so daß er 19 702 338 Mark vereinnahmt hat.

Ausgegeben hat er 34 661 000 Mark. An Bürgschaften und Eventualverbindlichkeiten laufen 28 860 000 Mark. Diese beiden Ziffern können nicht ohne weiteres zusammengezählt werden, weil die aus dem Geschäftskreis der Lohmann-Bürgschaften entstandenen Zahlungen und Verbindlichkeiten in der Summe von 34,6 Millionen enthalten sind.

Zimmerhin muß nach den Feststellungen des Unterausschusses registriert werden, daß bisher 25,6 Millionen endgültig verloren sind. Der Unterausschuß spricht die Hoffnung aus, daß 9 Millionen noch eingehen werden. Wenn nicht — und diese Annahme hat größere Wahrscheinlichkeit für sich — steigt die Verlustsumme um so viel Millionen, als an den neun fehlen. Sie kann sich also schließlich auf rund 35 Millionen belaufen. Dann hätte Lohmann jährlich 7 Millionen „an den Mann“ gebracht. Seine „Treuhand“ segnen ihn und seine Vorgesetzten.

Was hat nun der Bremer Lohmann, getrieben von seinem „Ganzengeist“, mit diesen gewaltigen Mitteln unternommen? Angefangen hat er mit Unternehmungen, die mit Wissen und Billigung seiner Vorgesetzten gegründet und betrieben wurden. Allmählich ist er zu weiteren Aufgaben „emporgewachsen“ und schließlich, als er sich schon gründlich festgerannt hatte, ist er einem wilden Spekulationsfieber verfallen in dem Bestreben, die vielen Äcker zu stopfen, die überall aufreissen.

Ein Bild seiner Tätigkeit mag die Zusammenstellung seiner Ausgaben liefern.

In Millionen Reichsmark sehen sie folgendermaßen aus:

Bauernfänger

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt: Die Landbundeshege ist die Wahlagitation der Deutschnationalen. Im Larne der Landbundesreden und der Bauerndemonstrationen sollen die Laten des Bürgerblocks untergehen. Die Deutschnationalen setzen ihre Hoffnung auf das Land, weil sie wissen, daß sie die Stadt zu einem großen Teile verloren haben. Das politische Ziel dieser Landbundesagitation ist eine so starke Schwächung der preussischen Regierungskoalition, daß Aussichten für eine Rechtskoalition in Preußen nach den Wahlen hervortreten. Daher die Hege gegen den preussischen Ministerpräsidenten, gegen den preussischen Landwirtschaftsminister, gegen alle preussischen Beamten, die pflichtgetreu der Hege und den Drohungen des Landbundes mit Ungeheuerlichkeiten entgegengetreten.

Damit das politische Machtstreben der Großagrarien in der Wahlagitation nicht kraß in die Erscheinung tritt, sollen die Stimmen der bäuerlichen Bevölkerung durch sogenannte Landliten und Bauerparteien eingefangen werden. Dabei ist den Deutschnationalen mit der neugegründeten „Christlichnationalen Bauernpartei“ ein Vertriebsunfall zugefallen. Diese Partei will ohne Rücksicht auf deutschnationale Direktiven im ganzen Reich Kandidaten aufstellen. In großer Erregung hat die „Deutsche Tageszeitung“ diese Absicht einem „Verstoß gegen die innere organisatorische Disziplin des Reichslandbundes und eine Gefährdung des Organisationsgedankens“ genannt. Was hat die „Christlichnationale Bauernpartei“ mit der organisatorischen Disziplin des Reichslandbundes zu tun? Die Antwort gibt der Reichslandbund selbst. Sein Vorstand hat am 21. März beschloffen:

Der Reichslandbund spricht die Erwartung aus, daß die Leitung der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei den Ausbau der Partei und die Aufstellung der Listen in den einzelnen Ländern und Provinzen nur mit Zustimmung der zuständigen Zentrallandbünde vornehmen wird. Eigenmächtiges Vorgehen schädigt nach Ansicht des Reichslandbundes den Organisationsfrieden.

Dieser Beschluß zeigt die deutschnationale Wahltaktik in aller Klarheit. Der Reichslandbund ist die Wahlmaschine der Deutschnationalen. Er wirkt für Kandidaturen, die teils unter deutschnationaler Flagge, teils unter der Flagge „Landliten“ oder der Flagge „Christlichnationale Bauernpartei“ jегeln. Die Zentrale ist und bleibt aber der Reichslandbund, beeinflusst vom agrarischen Kern der Deutschnationalen Partei.

Diese Feststellung ist um so notwendiger, als amtliche Stellen bestrebt sind, das politische Wesen des Landbundes zu verdecken und ihm eine Stellung zuzuwiesen zwischen einer Interessenvertretung und einer öffentlich-

rechtlichen Körperlichkeit. Kürzlich ist gegen die Oberpostdirektion in Berlin (Pommern) Beschwerde geführt worden, weil sie in einem amtlichen Anschlag im Postamt Einladungen des Landbundes wiederlegt und amtlich empfindet. Auf die Beschwerde hat die Oberpostdirektion mit folgender Begründung ablehnend geantwortet:

Der Pommersche Landbund ist eine Vereinigung zur Erhaltung und Förderung der deutschen Landwirtschaft ohne Rücksicht auf politische Parteistellung. Die Bekanntgabe seiner Einladungen sehen wir nicht als politische Propaganda an.

Das ist amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten der Deutschnationalen! Es muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß der Reichslandbund die Wahlmaschine der Deutschnationalen ist und daß eine amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten dieser Wahlmaschine bereits stattgefunden hat.

Landbund-Weite

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

„Die Landbund-Genossenschaft des Kreises Oberbarnim ist zum Zusammenbruch gekommen. Große Verluste der Mitglieder sind die Folge. Hierunter werden besonders die Kleinen und mittleren Landwirte betroffen, die sich nach einem Generalversammlung-Beschluß der Genossenschaft verpflichtet fühlten, ihre Anteile von 250 Mark auf 5 Mark für den Morgen zu erhöhen. Zahlreiche größere Grundbesitzer und Landbundesgrößen, darunter einige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Genossenschaft, sollen nur einige wenige Anteile erworben haben. Sie bestien daher auch nur mit einem geringen Anteil. Die Kleineren, Minderbemittelten müssen nunmehr die Haftung übernehmen, während die größeren Landwirte im erster Linie den Vorteil der Genossenschaft einheimen.“

Es wird weiter behauptet, daß die Genossenschaft ihren Mitgliedern Wucherzinsen berechnet haben soll. So sollen z. B. für die Zeit vom April bis Mitte September 1924 60 Prozent, für die zweite Hälfte 1924 45 Prozent Zinsen berechnet worden sein. Im Jahre 1927 sollen 12 Prozent und eine monatliche Provision von 1/2 Prozent, also insgesamt 15 Prozent berechnet worden sein. Ferner sollen einzelne Mitglieder des Vorstandes Privatgeschäfte zum Schaden der Genossenschaft gemacht haben.

Es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Landbundgenossenschaft Oberbarnim durch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse erhebliche staatliche Kredite zugesprochen sind. Wir fragen daher, ist die Staatsregierung bereit, eine Nachprüfung der Geschäftsführung der Landbund-Genossenschaft Oberbarnim vorzunehmen, und, soweit es möglich ist, die Kleineren und mittleren Landwirte als Genossenschaftsmitglieder vor der zweifellos bestehenden schweren Schädigung durch die Landbundesgrößen zu schützen?“

a) eigene Zahlungen des Kapitäns Lohmann	erstmals
0,844 (Naviß)	Januar 1924
0,600 (Beschaffung Motorboote)	April 1923
0,060 (Hypothek Motor - Jachtklub Wannsee)	
0,657 (Neubauten Boote Lühr u. Karbal)	Oktober 1926
1,082 (Trahag)	Dezember 1925
1,641 (Kapitalkosten)	April 1924
0,820 (Gelände Travemünde)	Februar 1925
1,040 (Hanseatische Jachtschule)	August 1926
0,750 (Schiffesport-Verband)	Januar 1925
0,005 (Fehge)	Februar 1925
0,054 (Baltische Segelschiffreederei)	Februar 1925
0,588 (Gaußauf Bückowufer)	Juli 1926
1,325 (Häufelkampferreederei Sirius)	Februar 1925
2,808 (Höfhaus, Aktien und Darlehen)	April 1923
1,650 (Bankverein-Aktien)	Januar 1924
1,295 (Bacon):	März 1925
a) Schmeidler	April 1926
b) Bacon	Februar 1927
0,346 (Neufabrik Elsp, Werftankauf und Jachtschule)	Dezember 1925
1,895 (Tiergarten)	April 1925
0,840 (Erzunternehmen)	Mai 1927
0,621 (Mühlentpatent für Kohlenstaubfeuerung)	März 1927
0,010 Kraftbetriebsstoff aus Spiritus)	Juni 1927
0,078 (Bergungsstudien-Gesellschaft)	Dezember 1924
1,500 Zinsen	
19,949	

b) Zahlungen aus Anlaß der Abwicklung bis zum 15. März 1928:

0,907 (Wahlungs-Antiquarant)	
1,880 (Wahlungs-Girozentrale)	
1,750 (Hypothekentilgung Tiergarten)	
0,415 (Verbindlichkeiten Neufabrik Elsp)	
0,176 (Zahlungsbetrag Bankverein)	
0,144 (Sonstige Abwicklungsausgaben)	
4,732	

1,200 Stillungsbeitrag Phobus wird beim Nachtragshaushalt 1927 in den angeforderten 7,000 mit verrechnet.

Eine bunte Musterkarte! Der Veler ist verknücht zu klären: Wie wird von alledem so dumm, als ging' mir ein

Mühlrad im Kopfe herum. Will man durch das Labyrinth ein Orientierungsseil finden, so muß man sich aus den Andeutungen der Presse an den Fragenkomplex erinnern, der vom Unterausschuß mit „militärpolitischen“ Gründen unumschrieben wird. Welcher Art diese waren, hat der Unterausschuß nicht untersuchen können, da ihm das darauf bezügliche Material nicht vorgelegt worden ist. Er stellt daher am Schlusse fest:

Der Bericht ist an Hand der bei Beratung im Unterausschuß bekannt gewordenen und bekanntgewordenen Tatsachen verfaßt. Neben diesen Untersuchungsergebnissen hin aus müssen wir es ablehnen, für etwaige Unvollständigkeit des Berichts die Verantwortung zu tragen.

Was liegt jenseits der dem Unterausschuß bekannt gewordenen oder bekanntgewordenen Tatsachen? Die Angaben der ausländischen Presse über geheime Rüstungsversuche der deutschen Marine; die Beschuldigungen, daß versucht werde, eine schwarze Reichsmarine zu bilden analog der schwarzen Reichswehr, deren Ausmerzung Jahre des Kampfes gekostet hat. Analog! Denn kongruent werden die Bestrebungen nicht gewesen sein.

Und wie ist das Beginnen Lohmanns ausgelaufen? In einen Gegenfessel von Verletzungen des Staatsrechts, Ueberstreichungen, Eigenmächtigkeiten, Mißwirtschaft und Korruption. Im Innern ist unermeßlicher Schaden angerichtet worden, nach außen ist Deutschland in den Verdacht der Doppelzüngigkeit geraten. Fazit: die Besatzungstruppen stehen noch immer am Rhein und Genf wie Choiry haben keine Früchte getragen.

Die Fragen der Regressansprüche werden noch erörtert und gelöst werden. Manches andre wird noch besprochen. Fest steht heute schon, daß die Wähler Frankreichs und Deutschlands für einen reinen Tisch zwischen sich sorgen müssen. Sie haben bei den bevorstehenden Wahlen die beste Gelegenheit dazu. Wägen sie sie nicht! —

Die fünfte Tagung ergebnislos!

Deutschland mit Ausland

Genf, 26. März. Die fünfte Tagung der Vorbereitenden Kommission schloß am Sonnabend mit einer gegen Deutschland und Ausland angenommenen Beschlusresolution.

Grav Bernstorff gab unter größter Spannung eine Erklärung ab, in der er an die lange Geschichte der Abrüstungsarbeit des Völkerbundes erinnert und bedauert, daß sich die Kommission in scharfem Gegensatz zu ihrem früheren einstimmigen Beschluß der zweiten Sitzung gesetzt habe. Das bedeute keinen Fortschritt, sondern einen Leerlauf der Arbeit. Die im Versailles Vertrag niedergelegten Verpflichtungen verlangten geblühert die allgemeine Abrüstung. Nicht Deutschland habe die Völkerbundsatzung und die Friedensverträge entworfen. Beide seien aber jetzt unterzeichnet und feierlich ratifiziert und müßten deshalb auch ausgeführt werden. Das hätten die Organe des Völkerbundes wiederholt anerkannt. Leider seien alle diese Mahnungen vergeblich geblieben, und das Arbeitstempo der Kommission zeige einen beklagenswerten Mangel an Schwung. Wie lange die deutsche Regierung diese Unfruchtbarkeit der Kommissionsarbeiten mit ansehen werde, siehe dahin. Angesichts des Schlußes der fünften wiederum ergebnislosen Tagung müsse Deutschland Verufung an die Völkerbundsversammlung im Herbst einlegen. Sie werde entscheiden müssen, ob die Kommission zu immer neuen erfolglosen Tagungen sich zusammenfinden soll.

Litwinow stellte fest, daß der Völkerbundsvertrag keine vollständige Abrüstung zulasse und man als Anhänger der absoluten Entwaffnung also am besten dem Völkerbund fernbleibe. Zudem werde England als Nichtmitglied wie bisher jede Gelegenheit ergreifen, um an der Abrüstungsarbeiten teilzunehmen. Die schwere Verantwortung für die Erfolglosigkeit der bisherigen Arbeit belaste jetzt die Mitglieder der Kommission.

Als einer der Redner sprach, in der er insbesondere sagte, man solle sich so ungeduldig sein, denn man sei ja noch jung und würde sich noch die Durchführung der Abrüstung ansehen, wurde die Sitzung geschlossen.

Ein Jubiläum

Die abendliche Versammlung der Vorbereitenden Abrüstungskommission begann nicht nur für den Korridor, sondern sogar für den Völkerbund, sondern überhaupt einen neuen Schlag. Die mitwirkenden wie die hochgewichtigen Organe des Völkerbundes werden mit keinem Wort mehr in die Gesetze der Abrüstung einbezogen. Die Vorbereitenden sind aus dieser Gefahr befreit, aber wir werden uns durch diesen Beschluß zum mindesten nicht ermutigen lassen, weil wir keine Ursachen hier erkennen.

Die Schlußreden der Tagung sind als solche nicht nur ein wenig, sondern eine Regierung der vorbereitenden Länder, die im Völkerbund eine führende Rolle spielen, tragen dafür die Verantwortung. Die Tagung ist, daß, wie die gesamte Abrüstungsarbeit seit dem Beginn eines internationalen Kampfes in dem internationalen oder unpolitischen Probleme, in der Abrüstungsfrage zu liegen. Die Abrüstungsfrage liegt, weil in den wichtigsten Stunden der Welt die innerpolitischen Entscheidungen entweder herbeigeführt oder in absehbarer Zeit zu erwarten sind. In Frankreich wird in vier, in Deutschland und in acht Wochen das Parlament rekonstituiert. In England verläßt gegen die konservative Regierung die Sozialdemokraten, weil sie weiß, daß das

jetzige Unterhaus längst nicht mehr den Wünschen der Wählererschaft entspricht, aber lange wird sie nicht mehr gegen den Willen der Mehrheit des Volkes regieren können. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahl im kommenden Herbst im vollen Gange. Von diesen großen innerpolitischen Entscheidungen hängt auch die Außenpolitik dieser Länder und damit auch der ganzen Welt wesentlich ab. Deshalb will man sich noch nicht festlegen, weder in der Frage der Rheinlandräumung noch in der Frage der Abrüstung.

Politischer Terror im Kaiserreich

Endlich ist am Sonnabend im Reichstag doch eine Tat des Herrn Reichsministers Reudell entsetzt worden. Der Wirtschaftsparteiler Reudell hat ihn als Vater des Schund- und Schmutzgesetzes gefeiert. Aber selbst dieses Lob beruht auf einem Irrtum. Der Reudell gebührt dem Demokraten Kütz.

Die bayrische Volkspartei ließ Thunolden Lang-Bumann reden, deren wüßig-frankische Erscheinung die Schärpen mindert, die sie gelegentlich mit spitzer Zunge formuliert. Sie drohte dem Abgeordneten Sollmann mit der Aufhebung der bayrischen Volksliste, wenn er so stark für den Einheitsstaat eintrete. Insbesondere scheint sie ihm überlegen zu haben, daß er gewagt hat, jüngst sogar in der bayrischen Hauptstadt für den Einheitsstaat zu reden.

Abg. Rube (Graspar) rief ihm gegenwärtig, denn den schälimmen Genüßsterror. Die preussische politische Polizei sei ein Hort der politischen Korruption.

Abg. Dreht (Wittich) sagt: Der heimliche Staatsgerichtshof, der sich zum Urteil über das Wahlgesetz nicht zuständig fühlte, hat die heimlichen Wahlen trotz Urteil des Staatsgerichtshofs für gültig erklärt. Seien Sie mit dem Urteil über das Urteil des Staatsgerichtshofs des Reiches hinweggeleitet.

Abg. Triffert (Volkrechtspartei): Die Volkrechtspartei stehe in heftiger Kampfbereitschaft gegen die Deutschnationalen, aber sie begehre die Deutschnationalen endlich zu diesem Minister.

Abg. Sellmann (Soz.):

Der Abg. Dr. Schreiber (Zit.) hat mit bewegten Worten über den Kulturkampf in Preußen gesprochen. Uns scheint, daß dort die Kirche in ihrem Streite mit der Staatsgewalt keineswegs nur den religiösen und geistigen Interessen geleitet ist. Die Forderung, daß der Landbesitzer und landbesitziger Ausbeutung der Vorgänge in Preußen zu hüten, muß auch an große Teile der Zentrumskreise gerichtet werden, die zu Zwecken des Kulturkampfes deutsche Parteien für die Kirche in Preußen veranlassen wollen. Auch dem Zeugnis des Reichstagspräsidenten Marx und vieler anderer hervorragender Reichstagsmitglieder ist die katholische Kirche in Deutschland

niemals so frei gewesen wie unter der Republik.

Dr. Schreiber hat in seinem Reden sich auf die Verletzung in der Verfassung der Grundrechte über die Staatsrechte gestellt. Für uns ist das Recht der Gewerkschaft über den Recht des einzelnen. Die Verletzung der landesrechtlichen Entscheidung unzulässiger Schiedsgerichte. Von einer Verletzung der Gewerkschaft ist keine Rede. Die Kirche hat die Rechte, wie die Kirche und die ihr nahe stehenden Parteien untergeordnet. Noch heute werden die Gewerkschaften in Preußen Gegenstand der Verletzung.

Die Gewerkschaften sind für einen gesetzlichen Zwang gegenüber den landesrechtlichen Schiedsgerichten. Im Reichstag hat der Abgeordnete Dr. Alois Balthasar im Reichstag darüber berichtet. Selbst wenn der Staat die Gewerkschaften zwingen würde, ihre Kinder in den Gewerkschaften zu lassen, liegt darin noch lange kein Gewerkschaftszwang. Ganz anders sieht es, wenn der Staat einen Gewerkschaften zwingen würde, seine Kinder auch nur in einer Gewerkschaft zu lassen.

Wagner u. Krenzler hat bestritten, daß er den Ministerial-Akten Dr. Reich wegen dessen unzulässiger Gefinnung aus dem Amt entfernt habe. Ja, warum denn jetzt? Ich frage Sie, Herr Reichstag, ist es richtig, daß Sie Herrn Ministerial-Akten Dr. Reich haben wissen lassen, daß Sie seine sachliche Arbeit und Tätigkeit zu schaden wissen? Ist es richtig, daß

Sie in der Zeit Ihres Zusammenarbeitens mit Herrn Reichstag niemals dessen amtliche Tätigkeit zu schaden hatten? Ist es richtig, daß Sie erklärt haben, als seinen Nachfolger einen Mann berufen zu wollen, der Ihnen persönlich und politisch befreundet ist? Dies scheint denn doch, um mit Herrn Reichstag zu sprechen für die Berufung des Deutschnationalen

das Parteibild ein maßgebender Faktor gewesen zu sein. Es war mir längst bekannt, daß manche Verfassungsjuristen den Artikel 100 der Reichsverfassung so auslegen, daß Orden als Erinnerungszeichen angenommen werden können. Ein solches Gutachten mag auch einmal unter einem sozialdemokratischen Reichsinnenminister — es handelt sich übrigens nicht um meine Amtszeit — ausgearbeitet worden sein. Das hindert nicht, daß wir im Geiste des Artikels 100 die Ablehnung jeglichen Ordens

fordern. Wie kann das gegen die vom Minister angerufene „internationale Höflichkeit“ verstoßen, wenn doch auch die amerikanischen Staatsmänner jede Auszeichnung zurückweisen? Die von dem Minister erneut angerufene Souveränität der Länder besteht verfassungsgemäß in Deutschland nicht. Gebilde, die weder eine Militärherrschaft, noch eine Finanzherrschaft, noch ein Recht zur Auswärtigen Politik, nicht einmal das Recht zu einer selbständigen Gestaltung ihrer Verfassung haben, sind nicht souverän. Die Haltung des Ministers erweckt den Verdacht, als wolle er den Ländern wirkliche Souveränität zurückgeben. Die Herren Dr. Karborsch und Reichstag scheinen das Gebächnis an den Terror des alten Staates verloren zu haben. Bei keinem Manumgang, nicht einmal bei einem Kinderfest dürfen rote Fahnen gezeigt werden. Jedes Jahr wurden beispielsweise in Breslau die roten Schleifen auf dem Grabe Ferdinand Fajalles entnommen. Den Beamten hätte ich jenen mühen, der im alten Staate hätte wagen dürfen, schwarzrotgold oder rot zu fliegen. Das würde nicht einmal der jetzige deutschnationale Abgeordnete Dr. Berndt gewagt haben, als er noch demokratischer Stadtrat war. Jetzt fliegen tausende Reichsbeamte demonstrativ die Fahne des Kaiserreichs gegen die Republik. Der jetzige deutschnationale Minister Koch hätte im alten Staate weder Ehren doktor noch Minister werden können, nicht einmal Majorleutnant, denn die Handarbeit wurde im alten Offizierskorps als ein Mafel empfunden. Weil wir den alten Kaiserstaat ablehnen, haben wir in schwarzrotgold ein neues Symbol aufgerichtet. Unter der alten Fahne wollen wir Deutschland zu einem Volksstaat machen. (Beif. h. d. Soz.)

Abg. Spuler (dt.-natl.) meint, die Beseitigung der aus der Verfassung Deutschlands entspringenden Uebelstände werde sich durch gegenseitige Vereinbarung besser erreichen lassen als durch Zwangs gesetzgebung und Unitarismus.

Abg. Frau Stegmann (Soz.) begründet eine Entschleunigung, die die Reichsregierung erucht, das Jungesetz neu auf seine wissenschaftliche Grundlage zu prüfen, namentlich im Hinblick auf die Einführung der Gewerkschaften, eil. auf die Anerkennung einer Entschleunigungspflicht des Reiches für Schadigungen, die bei der Zwangs einführung entstanden sind. Zwangsungen könnten eine Affizierung an sich harmloser auf der Haut stehender Bakterien zur Folge haben, die zu schwersten Erkrankungen führen. Jedemfalls dürfe man nicht alle Petitionen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen, kurzerhand im Ausschuss abtun.

Abg. Frau Weber (Zit.) fordert stärkere Bekämpfung des Kurpfuschertums, vor allem der Ausweitung der Hypnose und Psychoanalyse. Die Gesetzgebung allein könne hier nicht helfen.

Abg. Grippen (Soz.)

wendet sich gegen den Geist der Rundfunkarbeiten, die angeblich überparteilich seien. Tatsächlich seien sie vielfach zu überparteilich, daß sie auf die Republik und republikanische Einrichtungen keine Rücksicht nehmen. Die Beeinflussung der Programmgestaltung müsse aufhören. Die Zensur werde oft unheimlich gehandhabt. Der Redner führt mehrere Beispiele auf literarischem Gebiet an. Auf dem Gebiet des Arbeiterports werde an Rundfunkarbeiten unzulässige und unethische Kritik geübt. Ein Vortrag über den Inhalt des Deutschnationalen sei verboten worden, weil darin das Habsburgische Haus herabgesetzt worden sei. Im Rundfunk müsse jede Partei nach ihrem Geschmack ihre Vorträge gestalten können. Dem Arbeiter-Radioklub müsse auch das Recht zu Sendebestrebungen gegeben werden.

Abg. Frau Lüders (Dem.) beklagt sich über die Benachteiligung weiblicher Beamter bei den verschiedenen Behörden.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) verlangt größere Mittel für die Erziehung menschlicher Krankheiten, vor allem der spinalen Kinderlähmung.

Abg. Spahn (Natl., dt.-natl.) wünscht eine reichsgesetzliche Regelung des Studentenrechts.

Der Dreißigste

Satirischer

„Dreißigste Über“ hat Karl Maria von Weber sein Hauptwerk betitelt, und es ist in der Tat die dreißigste Über, die über den Roman, der dreißigste Roman, Wagner ist dreißig (und geben sich) dreißig, Weber ist dreißig, von der Literatur bis zum Ende des letzten Aktes, von der Schöpfung bis zur Vergewaltigung des Dreißigsten. Das ist gewiß keine Komik, die wir hier verstanden, denn der „Dreißigste“ ist ja wahrhaftig populär; aber es ist gut, wenn man den Unterschied zwischen Weber und Wagner von Zeit zu Zeit kennt. Viel leicht wird sich unser Opernpublikum dadurch allmählich klarer über das wahre deutsche Wesen, an dem ja bekanntlich einmal (wenn?) die Welt genesen soll.

Die Neuenhinderung im Stadttheater ist jetzt wohl unbeschreiblich. Die Bühnenregie ist immer noch höchst jähling, im zweiten Akte ist sie sogar derart äppig, daß Agathe beim Dessert ihres Feindes mit dem Flügel direkt gegen den Hals schlägt. Hermann Heinrich dirigiert deutsch-schwungvoll und zu bedäuflich, die Instrumentalbegleitstimmen hätte er bei den Arten ein wenig dämpfen sollen. Alois Schultze hat für musikalisch-dramaturgische Bewegung und für Lebendigkeit der Volksgenossen gesorgt. Wie Gabriels Agathe ist ja bekannt; sie ist gelangweilt ganz ausgezeichnet, das ist in Dialog aber mehr zu eine Art Mädchenprinzessin als ein frisches Mädel aus dem Böhmerwald. Dagegen Emma Seithe als Knecht: die ist recht quacksilbrig und so ein schelmischer Schelm, wie ihn das Parkeet so gern sieht. Der Nag des Joseph Buresch geht recht finstler einher trotz des leeren Wärtchens à la Douglas Fairbanks (dessen Geschmeidigkeit jedoch einem deutschen Tenor noch besser zu Gesicht stehen würde als der Oberlippenbismut). Stimmlisch war Buresch am Sonntag in guter Verfassung; er hatte jeden Ton, den er brauchte, fand ihn leicht und brachte ihn kraftvoll durch seine etwas enge Stimmrinne. Wilhelm Wittes Kaspar schöpft mehr aus dem Vollen. Sein gesundes Material macht immer wieder Freude, um so mehr als es merkwürdig entwickelt wird (die für einen Bassisten gefährlichen hohen Töne im Trunklied gelangen tadellos). Unrecht Guthe Erbsitzer ist recht gut, auch stimmlich schon rund, Toni Weiler als Fürst singt etwas mehr denn Kurt Laehner als Geomit, aber beide singen sie wacker. Klemens Wdani macht den Milan dankenswerterweise nicht so operettenhaft bbbblomisch, wie man es sonst zu sehen bekommt.

Die Brautjungfern sangen ihr Lied (das ich übrigens eigentlich schon mal gehört haben muß) recht brav. Im Jägerchor fielen die Tenöre nicht aus, auch ließen sie so wenig wie die Hörner im Orchester. — Wie Sabat bekam für ihre blühende Gangesstellung einmal Welfall auf offener Szene. Sie sah sich gekränkt zurück. Einfort verstellte das Publikum seinen Applaus gleichmäßig auf die Künstler, die an die Rampe traten, hübsch brav nach Abschied, versteht sich.

Ueber die Kraft

Sühel-Theater.

Ein Bild aus der naturphilosophischen Epoche, der wir uns jetzt zu hundert Jahren, besonders Löffel erinnern. Björnsons Dronjon (1882-1890), Karmeyer wie oben, ist bewundernswürdiger Führer eines Volkes, weniger Europäer als ein großer Landmann. Er hat als Dramatiker immer den Ruf der Landbesitzer gehabt und in seinen Gedichten und Erzählungen den dichterischen Boden für das neue Norwegen geschaffen. Unter Darwin's Einfluß wandelt sich seine Weltanschauung, die vorher ganz auf christlichem Boden stand.

Diese Länderei hat wohl bewirkt, daß der Bühnenvolksbund Björnsons starkes und mächtigstes Drama „Ueber die Kraft“ in sein Repertoire aufgenommen hat. In dem Stücke wird die magische, wunderwirkende Kraft des Glaubens demonstriert, wird in der aufrechten, konsequent christlichen Gestalt des Pfarrers Sang der Mensch gezeichnet, dessen reine, grenzenlose Nächstenliebe das Heil im Gebet vom Himmel zu zwingen vermag. Durch dieses Problem ist das Drama auch heute noch — und wahrscheinlich für alle Zeit — aktuell, denn immer wieder wird die Menschheit trachten, das Erbe Christi zu finden, der ohne Medizin und Pfaster die Kranken heilte, die Toten auferweckte und die Naturgewalten beherrschte. Theosophie und Christian Science („Christliche Wissenschaft“) sind Bewegungen unserer Tage, deren Bedeutung und Ausbreitung (besonders in angelsächsischen Ländern) man nicht verkennen darf. Die durch die Not der Zeit und die Schreden des Krieges betrieblene Menschheit sucht heute ganz besonders inbrünstig das Wunder und die Gabe des Wunders.

Der einsam unter einfachen Landleuten lebende norwegische Pfarrer in Björnsons Stück hat die Wunderkraft: er heilt Kranke, wendet einen Bergsturz ab und hilft schließlich — nur durch die Macht des Gebets — sogar seiner eignen Frau, obwohl die nicht seinen einfachen starken Glauben hat, jenen Glauben, von dem die Bibel sagt, daß er Berge verbeise. In einfachen, naturphilosophisch padenden Szenen entwickelt der Dichter seine These. Die mit den Zweifeln der Kinder angebotene Kontroverse bezieht sich mit der Konferenz der Pfarrer, der beamteten Seelsorger, zu einer Diskussion über die Frage: Darf die Kirche als Institution das Wunder anerkennen oder muß sie es ablehnen, da es nicht die Regel der Institution ist. Die Engstirnigkeit und Klüffigkeit der offiziellen Kirchenvertreter wird von Björnson in dieser Szene des zweiten Aktes so schonungslos aufgedeckt, daß es den christlichen unter den christlich-nationalen Mitgliedern des V. V. B. ordentlich warm um Herz werden muß. Aber die Kontroverse bleibt zunächst wirkungslos, die Glaubenskraft Sang zwingt — ob vom Himmel herab, ob aus der Lebenskraft des Menschen heraus? — das Wunder, das Heil, aber — nicht die Rettung, und da — als es über die Kraft geht, als die von monotonem Stierheit aufgestandene Mara, nachdem sie das Wunder demonstriert hat, tot zusammenbricht, als die läche Enttäuschung nach diesem größten

Triumph seines Glaubens auch Sang fällt, — da erit taucht die Antithese auf. Da macht der Dichter ein großes Fragezeichen hinter die Wundergläubigkeit. „Aber das war doch nicht die Absicht“, sagt Sang, ehe er tot zusammenbricht. Geht das Wunderwirken über unsre Kraft?

Vor dieser Stelle, vor der Desillusionierung der These von der Kraft des christlichen Glaubens müßte eigentlich der Bühnenvolksbund die Vorstellung abbrechen lassen, wenn er christliche Propaganda treiben will. Oder läßt er die Enttäuschung seiner glaubenswilligen Hörer geschehen, weil er auf Seiten des Cremins offizieller Kirchenvertreter steht?

Die von Leo Huberman geleitete Aufführung ist relativ aufständig. Wilhelm Werth gelangt die schlichte, herzenseine Pathetik des Pfarrers ausgezeichnet. Karen Fredericks findet erschütternde Töne und den schmerzlichen, zwischen Verzweiflung und Verklärung schwankenden Ausdruck der todtranken Klara. Toni Schumacher als Nabel brav. Joseph Ditsch als Elias ärgerlich, wenn er bei jedem aufgeregten Hinweis Fehlerstellung einnimmt, fähig in der Bewegung und auch sprachlich unzureichend. Lothar Bühring macht die ekstatische Suche nach dem Wunder in der Figur des Pfarrers Bratt ergreifend deutlich. Die übrigen Rollen ausnehmend besetzt.

Die erste offene Vorstellung des Stückes am Sonnabend war nur sehr schwach besucht. Schwänke ziehen besser. C. e.

Dora Menzler

Einen gelungenen und sehr instruktiven Vortragsabend zu dem Thema „Leibesübung und Volksgesundheit“ veranstaltete das Stadtamt für Leibesübungen mit der Magdeburger Volkshochschule für Leibesübungen im Wilhelm-Theater. Heute gut es nicht mehr, auf die Bedeutung der Körperkultur und Körperbildung als erstrebenswertes Ziel hinzuweisen — man ist schon auf dem Weg und schaut nach Weisungen und neuen Führern aus. Der geschäftlich aufgearbeitete Abend wies vor allen Dingen auf die gesundheitsliche Bedeutung der Leibesübungen hin. Theoretische Einführungen gaben Stadtkunrat Venz, der Leiter der Magdeburger Volkshochschule für Leibesübungen, über die Sportstätten und gymnasialischen Kurse der Volkshochschule und über ihre Lehrweisen — und der bekannte Sportarzt, Medizinalrat Dr. Schnell (Halle), der die lebensnotwendige Bedeutung der Leibesübungen ausführlich in interessanter, wissenschaftlicher Weise begründete.

Nach den praktischen Beweisen der Volkshochschulkurse, daß auch in wenigen Stunden, neben der Berufarbeit, der Körper zu einer Kräftigung gebracht und zur Gewandtheit erzogen werden kann, gab Dora Menzler kurz einen Ueberblick über die Arbeit ihrer Gymnastikschule in Leipzig. Dora Menzler hat sich von den mitunter marktschreierischen Anpreisungen und Parolen vieler Gymnastiksysteme ferngehalten. Die Art vorzuführen und auch das Können der Teilnehmerinnen ist Beweis genug für die Wert, systematische und ernste Arbeit dieser Schule. Praktisch waren die

Hg. Heub (Dem.) wendet sich gegen die verfassungswidrigen Ausföhrungen des Ministers, der denen er den Führerrollen vermehrt. Die verfassungswidrigen Ausföhrungen seien nicht organisch, sondern geistloser Mechanismus. Während das Zentrum sonst den Föderalismus verlor, habe es beim Schulgesetz einen absoluten Zwangsunitarismus gesforbert. Die Deutsche Volkspartei sei heute eine republikanische Partei mit dem Wessinslied „Es liegt eine Krone im tiefen Rhein!“ (Heiterkeit.) Dem Taucher sei der Urlaub verlängert worden.

Hg. Seiffert (Volkspartei) fordert größere Mittel für die Förderung der Theaterkultur.

Hg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) verlangt ein Gesetz, das den Juden den Zugang verbietet und die seit 1914 eingewanderten Juden unter Fremdenrecht stellt.

Hg. Reibold (Wirtsch. Vg.) wünscht schärfere Verfolgung des Handels mit Raufschiffen.

Hg. Bismarck (Soz.) verlangt eine objektive historische Darstellung der Bewegung von 1848 und deutschen Paulskirchen-Parlamentes. Für die Junglehrer müsse mehr getan werden.

Am 18 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag 12 Uhr vertagt.

Die auf der Tagesordnung stehende erste Beratung des Notprogramms zur Rentenbankkreditanstalt wird ohne Aussprache erledigt. Am Montag soll entschieden werden, an welchen Ausschuss die Vorlage geht.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung stehen der Nachtrags- und Ergänzungsetat und kleinere Vorlagen.

Sozialdemokratische Kandidaten

Auf einer sozialdemokratischen Bezirkskonferenz wurden die Wahlvorschlüge zur Reichstags- und Landtagswahl für die Wahlkreise Potsdam I und II und Frankfurt (Oder) bekanntgegeben. Nachstehend die Spitzenkandidaten der einzelnen Listen:

Potsdam I. Reichstagswahl: Rudolf Wissell, Dr. Rudolf Breitfcheid, Frau Marie Zuchacz.

Potsdam I. Landtagswahl: Wilhelm Siering, Griede Ryneck.

Potsdam II. Reichstagswahl: Eduard Verußein, Franz Künstler, Dr. Kurt Löwenstein.

Potsdam II. Landtagswahl: Friedrich Bartels, Georg Klausner.

Frankfurt (Oder). Reichstagswahl: Otto Weis, Oswald Schumann, Franz Kocke, Ernst Heilmann.

Frankfurt (Oder). Landtagswahl: Emil Faber, Frankfurt (Oder), Wilhelm Paehel, Ernst Heilmann.

Volkspartei-Kandidaten

Der Vertretertag der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Magdeburg-Nahhalt hat am Sonntag folgende Kandidaten nominiert: Reichstag: Kaufmann Dr. Walter Kulenkampff, Magdeburg; Gutbesitzer Albrecht Graf von Stolberg-Bernigerode; Staatsminister a. D. Dr. Johannes Kammelt, Dessau; Ehefrau Hanna Adermann, Magdeburg.

Preussischer Landtag: Oberverwaltungsgerichtsrat außer Dienst von Ehkern, Berlin; Friseurmeister Mag Schwieger, Magdeburg; Gewerkschaftsvorsitzender Georg Streiter, Berlin; Ehefrau Elisabeth Radow, Magdeburg.

Nicht wieder nominiert wurde — angeblich auf eigenen Wunsch — der bisherige Landtagsabgeordnete, Bäckermeister Beder (Magdeburg). Er war den Volksparteilern nicht kampfbahn genug gegen die Wirtschaftspartei. Für diese Aufgabe erschien der Friseurmeister Schwieger geeigneter.

Wahlen im Saargebiet

Wb. Saarbrücken, 26. März. Die gestrigen Wahlen zum Landesrat des Saargebietes haben sich ohne Zwischenfälle vollzogen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 63 1/2 Prozent.

Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhielten die Sozialdemokraten 43 411 Stimmen gegen 46 627 im

Magim Gorki

Zu seinem 60. Geburtstag am 26. März. Später als alle andern europäischen Länder hat Rußland die Entwicklung zum Industriestaat durchgemacht. Länger als anderswo hat sich deshalb in diesem Agrarstaat eine aristokratische Kultur erhalten können. Das Bürgertum spielt kaum eine Rolle: die führenden Literaten und Dichter, ein Kaufmann, Gernantow, Kurgenjew, Tolstoi, ja, selbst der wegen Geheimhündelei erst zum Tode durch den Strang, dann zu vierjähriger Verbannung nach Sibirien verurteilte Dostojewski, — alle sind sie Sprößlinge von Udelstammfamilien gewesen. Der ungesunde Zustand, daß eine wirtschaftlich bereits niedergehende Klasse, eine kleine Klasse, in einem Reichenreich zum Vorkund einer gewaltigen niedergehaltenen Bevölkerung bestellt war, mußte sich rächen. Diese Männer konnten sich, wenn sie aufrichtig blieben, in ihrer unnatürlichen Rolle selber nicht wohl fühlen. Durch ihre Werke, so bedeutend sie an sich sein mögen, geht ein Zug von Mähdigkeit, kampflöser Ergebung in das Schicksal, Pessimismus, Hoffnungslosigkeit. Das Lieblingswort dieser Klasse ist „Mischewo“: „hat nichts zu beuten; emierleit!“

Gleichzeitig aber kommt eine Klasse herauf, der die Zukunft alles bringen soll. Das junge Industrieproletariat, aus dem Wohlstand der Arbeiter der Provinz gespeist, nimmt dieser mühen und resignierten Intelligenz die Waffen aus der erschöpften Hand. Wieder mit „Mischewo“: „Man gerade erit recht!“ ist ihr Schlachtruf. Weg mit dem Autoritätsglauben, dem Maßstab vor der Militär- und Beamtenuniform; weg vor allem mit dem jüden, einschließenden Kirchenglauben! Aber noch eine Mission aufgabe bedeutet dieser Freiheitskampf nicht allein politisch, sondern auch kulturell! Diese Menschen hat der Staat um jede brauchbare Schulbildung betrogen und die Klassen haben sie in einer geradezu phantastischen Unwissenheit erhalten. Diese ganze Klasse, die sich zum großen Teil aus Bauern rekrutierte, aufzurütteln, war uner- durch sagbar. Nur eine sich selbst verleugnende, opferfertige, selbständige Persönlichkeit konnte sich dieser Aufgabe unterziehen.

Alexei Maximowitsch Gorki, ein armer Tapezierer- Sohn aus Nischni Nowgorod, gelangt zu den Vorlesungen für die Arbeiterklasse in Moskau. Er hat alle Mittel

Jahre 1922, die Kommunisten 49 407 (40 235), die Wirtschaftspartei 9156 (10 311), die Deutsch-demokratische Partei 8900 (9), die saarländische Volkspartei 26 828 (27 571), die Christlichsozialen 9303 (9), die Deutschnationalen 10 496 (9), die Zentrumspartei 128 886 (108 211) Stimmen.

Danach erhalten voransichtlich die Sozialdemokraten 5 (6), die Kommunisten 5 (6), die Wirtschaftspartei 1 (1), die Demokraten 0 (0), die saarländische Volkspartei 3 (4), die Christlichsozialen 1 (0), die Deutschnationalen 1 (0), das Zentrum 14 (14) Sitze.

Ebert und Barmat

Der Barmat-Ausschuss des Reichstags nahm am Sonnabend einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt:

Die gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wegen seiner Beziehungen zu Julius Barmat erhobenen Vorwürfe haben sich als unbegründet erwiesen. Das Verhalten des Reichspräsidenten Ebert gegenüber Julius Barmat und dessen Familienangehörigen war völlig einwandfrei.

Im Barmat-Ausschuss sind sowohl die Deutschnationalen wie die Kommunisten vertreten. Angeht die bevorstehende Wahl hätten diese Parteien der Entschließung nicht zugestimmt, wenn auch nur der leiseste Vorwurf gegen Friedrich Ebert erhoben werden könnte.

Hitler geht betteln

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zählt in Württemberg nach einer Meldung der „Schwäbischen Tagwacht“ ganze 820 Mitglieder. Sie ist zur Erhaltung ihrer Existenz völlig auf den Bettel bei den Kapitalisten angewiesen, die in dieser Partei offenbar ein Mittel zur Verunreinigung der Arbeiterschaft erblicken.

Kürzlich war Hitler in Stuttgart, ist aber bei seinen alten Geldgebern meist auf verschlossene Türen gestoßen, obwohl ihn der Münchner Verlagsbuchhändler Brudmann begleitete, um ihn bei den kapitalkräftigen Gesinnungsfreunden einzuführen. Nur bei einem Fabrikanten in Ebersbach a. F. soll es ihm gelungen sein, ein paar 1000 Mark zur Bezahlung dringlicher Schulden zu erhalten.

Tonangebend in der Partei ist der Fabrikant Beder in der Metallarbeiterstadt Geislingen, der einen monatlichen Beitrag von 500 Mark leistet und kürzlich einen einmaligen Sonderbeitrag von 5000 Mark zahlte.

Auch Lüttwiz siegt

Leipzig, 25. März. Wie der preussische Staat gegen den Kappisten Traugott von Jagow, ist das Deutsche Reich gegenüber dem General von Lüttwiz beim 3. Zivilsenat des Reichsgerichts unterlegen. Dieser hat die vom Reich eingelegte Revision gegen das Kammergerichts Urteil vom 25. März 1927, soweit sich dieses auf die Ansprüche des Generals bezog, verworfen und damit die (im gegebenen Falle sich allerdings nur auf einige hundert Mark erstreckende) Zahlungspflicht des Reiches bestätigt. Bezüglich der Forderung des Majors Bischoff ist Aufhebung der vorinstanzlichen Entscheidung und Rückverweisung an das Kammergericht erfolgt.

114 Waggons Munition

Mussolini ist viel beschäftigt. Er beglückt die „breitenden Gebiete“ in Südtirol mit immer neuen Diktaturverordnungen. Er redet wie ein kleiner Cäsar und er treibt daneben noch in hohem Maße einen andern Sport — er läßt Dynamit und ähnliche schöne Dinge waggonweise die Balkanstaaten durcheinander. Allein in den letzten Tagen sind

der Unterbten mitgemacht, ehe er sich zu seiner Lebensbejahung durchrang. Mit 9 Jahren Lehrling in einem Schuhgeschäft emigriert er, verläßt es nachwärtend als Schlingenspieler, als Küchenjunge auf einem Wolgastampfer, als Bäcker, Fabrikarbeiter, Christbändler, als Chorjänger, als Weichensteller, als Advokatenjünger. Durch mühsames Selbstopfium erwirbt er sich seine Bildung. Mit dem Universtitätsstudium um das er sich schon mit 15 Jahren bemüht, ist es für den Proletarier nicht. Mit 20 Jahren meint er, die unerträgliche Bürde dieser Kammergerichtsentscheidung zu müssen: er macht einen Selbstmordversuch, der zum Glück mißlingt.

Aber nun ist er dem Leben wiedergewonnen, für immer vom Pessimismus geheilt. Als Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten in Lissib schreibt er eine Novelle „Makar Tschudra“. Die Zeitung „Kaukas“ druckt sie ab. Seine reichen Erfahrungen, die er schon in jungen Jahren auf seinen Irrfahrten gesammelt, formt er zu Dichtungen. Er beobachtet eine Welt, die man so unmitelbar und liebevoll noch nicht geschilbert hatte: die Welt von unten, aus der Armeelebensperspektive gesehen. Der Dichter Korolenko verleiht ihm Beziehungen zu einer angesehenen Zeitschrift, die schon im nächsten Jahre seinen berühmten „Tschellajsch“ abdruckt. 1898 füllen seine gesammelten Skizzen und Erzählungen bereits zwei starke Bände. Der Dichter, der sich „Gorki“, den „Witern“ nennt, ist mit 30 Jahren eine internationale Berühmtheit.

Es folgen neben den Novellen „Das Viech vom Falken“, „Mein Begleiter“, „In der Steppe“, die Dramen „In der Tiefe“ (im Deutschen „Nachtschl“), sein weitläufigster Bühnenerfolg, „Kleinbürger“, „Kinder der Sonne“ und „Barbaren“ und die Romane „Die Drei“, „Soma Gorbjeu“ und der durch den Film ungeheuer populär gewordene „Mutter“. Es folgen aber auch Jahre des Martriums. Die Reaktion, die auf die Revolution von 1905 einsetzt, wirft Gorki in den Kerker, und es bedarf schärfster Proteste der internationalen Schriftstellerswelt, um ihn daraus zu befreien. Gorki geht ins Ausland: nach Deutschland und Amerika. Bis zum Kriegsbeginn weilt er auf Capri, um seine angegriffene Lunge auszuheilen. Nach dem Umsturz nimmt er zunächst unentschiedene Stellung gegen die Sowjets, verliert sich dann notdürftig mit ihnen, wandert aber 1920 nach Sorrent bei Neapel aus. Man sieht sich offenbar mehr aus der Ferne. Seiner Gesundheit hätte er auch in der Krin leben können oder in den wundervollen Kurorten am Fuße des Mount Vesuvius, den er so unerschrocken geschilbert hat. Aber eine Freundschaft mit den das Proletariat unterdrückenden Bolschewisten...

Während ist der Dichter des russischen Proletariats größer als in seiner Selbstbiographie, von der bisher drei Bände erschienen sind: „Kindheit“ (1908), „Unter fremden Leuten“ (1917), und „Meine Dostojewski“ (1925). Seit 1921 gibt es, neben vielen billigen Einzelausgaben, eine deutsche Gesamtausgabe seiner Werke. Er ist weit mehr als ein russischer Dichter. Er gehört der Welt an, zumal der Welt des Proletariats. Möge er ihr noch sehr lange erhalten bleiben!

114 Waggons Munition von Italien nach Rumänien“ über Südslawien und Ungarn abgedeckt worden. Schon vor einigen Tagen hatten 12 Waggons Explosivstoffe, die aus Italien kamen und nach Rumänien gehen sollten, den 10 Kilometer südlich der ungarischen Grenze in Südslawien liegenden Eisenbahnnoterpunkt Maria-Theresiopel passiert. Als noch ein weiterer Transport von 22 Waggons Explosivstoffen von Maria-Theresiopel aufkam, wurde der Stationschef mißtrauisch und hielt ihn an. Es stellte sich bald heraus, daß, bevor der Transport von 12 Waggons Maria-Theresiopel passiert, bereits 80 Waggons Sprengstoffe, die nicht mit dem Vermerk „explosiv“ versehen waren, über Ungarn nach Rumänien gegangen sind.

Das sind in der Tat recht auffallende Feststellungen. Sprengstoffe aus Italien nach Rumänien — über Ungarn! Es ist nur zu verständlich, daß die südslawische Regierung die letzten 22 Waggons anhalten ließ und sich bemüht, festzustellen, für wen die Explosivstoffe in Wirklichkeit bestimmt sind. Es ist schließlich nicht das erste Mal, daß von Italien aus Kriegsmaterial verhandelt wird. Am Neujahrstag rollten an der südslawisch-ungarischen Grenze 10 Waggons Maschinengewehre aus Italien nach Ungarn. Darnach war auf den Begleitpapieren Polen als Ziel angegeben. Im neuesten Fall ist es Rumänien, das als Zweckadresse dienen muß. Aber wie am Neujahrstag ist auch heute Italien der Absender und Ungarn der wahrheitsföhrliche Empfänger.

Italien riskiert nichts. Ungarn, das weder Munition noch Waffen einföhren darf, mag sich dann mit dem Völkerverbund herumschlagen. Italien macht sein Geschäft und der Faschismus seine Politik. Die Mächte, die im Völkerverbund sitzen und selber Munitionsgeschäfte machen, reden tagelang in Genf und lassen die Dinge laufen.

Monteur Wagner darf abreifen

Aus Moskau wird gemeldet, daß nunmehr auch der inzwischen auf freien Fuß gesetzte Monteur Wagner nach Deutschland zurückkehren wird. Der Chef der Tscheka hat ihm dieser Tage die Mitteilung gemacht, daß seiner Abreise von russischer Seite aus nichts im Wege steht.

Tscheka gegen Tschischerin?

Berlin, 26. März. Aus Amsterdam wird auf Grund einer Moskauer Nachricht gemeldet, daß zwischen Tschischerin und der Tscheka wegen der Verhaftung der deutschen Ingenieure schwere Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Tschischerin soll angeblich die Entlassung der deutschen Staatsangehörigen gefordert haben. Dem hat sich nach den vorliegenden Nachrichten die Tscheka entschieden widersetzt. Inzwischen sollen übrigens neue Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Notizen

Landtagspräsident Bartels schwer erkrankt. Der Präsident des Preussischen Landtags, Genosse Friedrich Bartels, ist seit einigen Tagen an einer schweren Grippe erkrankt, zu der sich eine Lungenentzündung gesellt hat. Vorerst gibt sein Befinden zu unmittelbaren Befürchtungen keinen Anlaß.

Ministerbeihilfer in Salzgemen. Das Magdeburger Polizeipräsidium teilt mit: Die am 21. März 1928 in Bad Salzgemen veranstaltete öffentliche Versammlung der N. S. D. A. P. (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), mit dem Redner Hauptmann a. D. Loeper, wurde durch Beamte der politischen Polizei in Magdeburg aufgelöst. Loeper verließ durch Beschimpfung von Mitgliedern der Reichsregierung gegen § 81 des Republikstiftungsgesetzes.

Freiwerkwahlen in Berlin. Im Sonntag fanden in Berlin die Freiwerkwahlen statt. Die sozialdemokratische Liste Aufschwung erhielt nach der abgegebenen Stimmzahl 19 Mandate, während auf die Opposition 17 Mandate entfielen.

Neue Waffenfunde in Hannover. Im Kreise Winzen (Hannover) wurden in den letzten Tagen an verschiedenen Orten größere Waffenfunde gemacht. Hauptächlich wurden Maschinengewehre und Infanteriegewehre gefunden. Die Polizei verweigert zunächst noch jede nähere Auskunft über ihre Entdeckungen. Es wird jedoch angenommen, daß die Besitzer der Waffen Angehörige des Berwölfs sind. Vor etwa einer Woche wurden bereits in Garsfeld in einem Werwolfst 4 Maschinengewehre, 70 Gewehre und 47 Handgranaten beschlagnahmt.

Gemeindevahlen in Oesterreich. Am Sonntag fanden in Oesterreich mit Ausnahme der Hauptstadt des Landes die Gemeindevahlen statt. Die Sozialdemokratie hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen einen erfreulichen Erfolg zu buchen. Sie dürfte ihre Mandatsziffer insgesamt um mehr als 25 erhöhen.

Bauernunruhen in Südtirol. In der Provinz Trient weigerten sich die Bauern, die Steuern zu zahlen. Die Steuerentreiber können nur mit Hilfe der Karabinieri die Pfändungen durchföhren. In der Gemeinde Luenna im Komitat revoltierten die Bauern gegen den sachlichen Bürgermeister, so daß ein Kommando Karabinieri zur Wiederherstellung der „Ruhe“ herangezogen werden mußte. 42 Bauern wurden verhaftet.

Freigesprochen. Die Redakteure Gussong und Johu vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ standen am Sonnabend wegen Vergehens gegen das Republikstiftungsgesetz vor Gericht. Gussong hatte in einem Artikel „Nationalblamage“ den Ausdruck gebraucht, „die in Weimar zusammengeschulderte Verfassung“. Das Gericht sprach beide Redakteure frei, es begründete den Freispruch damit, daß eine scharfe, herabwürdigende Kritik, aber nicht eine Beschimpfung vorliege.

Depeschen

Die geheimnisvollen Knochen

Wb. Berlin, 26. März. Zu dem Funde weißlicher Beckenknochen auf dem Dachboden eines Hauses in der Königgräber Straße (siehe Kleine Chronik) erfahren wir, daß die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben haben, daß die Knochen aller Wahrscheinlichkeit nach einem früher in dem Hause wohnenden Medizinalrat, der 1914 gestorben ist, gehört haben und von ihm vielleicht bei der Ausbildung von Hebammen als Subjekt- und Lehrmaterial benutzt wurden. Eine genaue Untersuchung der Knochen, die durch Trakte und Schnüre miteinander verbunden sind, soll im Schauhaus durch einen Gerichtsarzt noch erfolgen.

Große Dorfbrände in Polen

Wb. Warschau, 26. März. Aus Ostgalizien werden einige größere Brände gemeldet. In Gerszyl sind vorgerstern 108 Gebäude niedergebrannt, wobei zwei Personen und Beben kamen. In Przasnysch brannten vier Wirtschaften nieder, wobei ebenfalls zwei Einwohner in den Flammen den Tod fanden. Ein großes großes Schadenfeuer wird aus Chomaniwice im Kreise Grobin gemeldet. Mehr als 100 Häuser und 14 Schuppen sind niedergebrannt. Auch hier sind eine Frau und ein Kind.

DEULIG

PALAST

DIE FÜHRENDE FILMBÜHNE

Das Theater für Sie!

Nur auserlesene Filme
zeigen wir von Woche zu Woche in
glänzend zusammengestellten
Programmen!

Auch vom 27. März bis zum 2. April
haben wir
wieder zwei prachtvolle Filmwerke zu einem
DOPPELPROGRAMM
vereint!

Das k. und k. Ballettmädel

Das schönste Lustspiel und der stimmungsvollste
Lacherfolg der Saison!

PERSONEN:

Albert Paulig

Herzog des Erzhauses und Marschall der Armee,
der schmerzliche Mittelpunkt des Wiener Theater-
lebens einer glücklichen Zeit und in besonderen
Mentor des k. und k. Corps de ballet

Dina Gralla

die Kleine aus der letzten Quadrille des
k. u. k. Ballets, Schwarm und Grund der schlaf-
losen Nächte Sr. k. u. k. Höhein

Die Primaballerina ... Carmen Cartellieri
Der Adjutant ... Werner Pittscham

Ein sonniger Film voller Fröhlichkeit,

Pikanterie und Schelmerei!

Ferner

Das Mädel aus Frisco!

mit Helga Thomas, Erna Warena, Egon von Jordan,
Rud. Klein-Rogge, Louis Ralph

Nach Frisco, die goldenen Hügel des Paradies, führt den
Besucher die Handlung dieses spannenden **Sensations-**
Films, der nach einer Novelle von Karl Fajard, dem
bestimmten Schöpfer der „Mädchen der Welt“, gestaltet wurde.

Premiere:

Dienstag nachm. 4 Uhr

„Wann endlich wird man uns
nicht mehr herabsetzen und zum
Freiwild degradieren?“
(Aus dem Brief einer Schauspielerin)



FREIWILD

7 Akte von der Bühne des Lebens
Nach dem gleichnamigen Schauspiel
von Arthur Schnitzler

In klarer, dezenter Form gestaltet man
das heikelste Thema „Freiwild“. Da ist
eine junge, blonde Schauspielerin. Sie tritt
in billigen Schwänken auf, weil es
das Publikum so wünscht. ... Vergebens
schreit sie zu kläglichem, vergebens stürmt
sie sich mit starker Seele gegen die sie
bestimmenden Versuche. Aber die
Macht des Schicksals ist stärker. Denn
sie ist Opfer und Geopfert — Freiwild...

Der Film der stärksten Eindrücke,
wie man sie nur selten erleben kann!
Daran sollten auch Sie nicht vorbeigehen,
sich dieses herrliche Werk anzusehen!

Hauptrollen:

EVELYN HOLY
Fred Louis Lerch, Bruno Kastner

Außerdem zeigen wir ein
Prachtvolles Beiprogramm



Walhalla Lichtspiele

Heute Dienstag
beginnen wir mit den Vorführungen
zweier Spitzenfilme der internationalen
Filmproduktion:

Die Kleine und ihr Kavaliere

(Der Wirtin Töchterlein)

Ein heiteres Spiel von der Jugend goldenen
Jahren. — Ein wenig Wein, ein wenig
Sonne und ein bißchen Liebe —, ach, dann
ist das ganze Leben ein rosenfarbener
Traum. Und dieses fröhliche Spiel ist ein
Zipfelchen davon.

Die Darsteller:

Silke Jennings, Malv Dellshoff
Hans Brausewetter, Fritz Kampers
Hermann Witsa.

Ferner zeigen wir:

Cowboy-Derby

Ein Bildweckfilm ganz großen Stils in sechs
äußerst spannenden Akten. Ein Film der toll-
stühnen Sensationen, ein Film von Schmitz und
Tempo. In der Hauptrolle:

Fred Humes.

Ermäßigte Preise. — Beginn 4.30 Uhr.

Letzte Abend-Vorstellung 8.45 Uhr.

KAMMER

LICHTSPIELE

Dienstag, 4 Uhr, Premiere!
Nicht nur zufrieden-
nein - begeistert
werden Sie sein!!!

Unser Doppelprogramm
wird durchschlagen!

Hanni Weiße, Hans Albers,
Helga Thomas, Angelo Ferrari,
E. von Winterstein, Bernd Aldor,
Hans Mierendorf, Egon v. Jordan,
Herrn. Vallentin

in

Die glühende Gasse

Ein Sitten-Abenteurer-Film
nach dem bek. Roman von
Paul Rosenhayn.

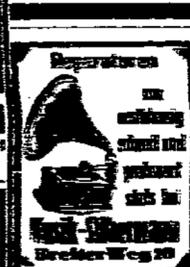


Pat u. Patachon auf hoher See

6 Akte
mit den beiden lustigen Vagabunden
Es erübrigt sich ein jedes weitere Wort
Kulturschau / Wochenschau
Beginn der letzt. Abendvorstell. 8.45 Uhr

Standuhr

gibt Zeit u. Gedul-
de, meldet den Gang
der Zeit, veranschaulicht
den Lauf der Dinge, ist
ein Bild der Welt, ein
Bild der Zeit.



Biere

aller Arten
in
Schmalz
Schmalz
Schmalz

PanoramaLichtspiele

Klein Preise! Montag bis Donnerstag
Klein Preise!
der berühmte Cowboy in
Tom Tyler Der Kompanion des Banditen.
Ein Bildweckfilm voller Humor,
Erschütterung und frischen Draufgängerhumor
Das Sündenschiff
Geheimnisvolle Abenteuer auf einem Alkoholhändlerboot.
Beginn montags 5. Letzte Abendvorstellung 8.45 Uhr

Stadttheater

Dienstag 27. März 8.30 - 11 Uhr — 7. Abend
Das letzte Mädel!
Der Troubadour
Oper von G. Verdi
Mittwoch 28. März — 19 Uhr — 8. Abend
Der Rosenkavalier
Sonntag den 1. April — 11.30 Uhr
Ibsen-Feier
anläßl. der 100. Wiederkehr des Geburtstags.
Vortragender: Prof. Ferdinand Gregor
unter Mitwirkung erster Solokräfte der Oper
19.30 — 3. Abend
Die Wildente
Wilhelm-Theater
Offene Vorstellungen zu Klein. Preisen
Donnerstag den 29. März 19.30 Uhr
II. Kammerkonzert, Abt. A
Sonntag 31. März Sonntag 1. April — 16 Uhr
Erstaufführung des Ostermärchens
Christels Osterreise
von Ló Bergner, Musik von Schmalzstich
Sonntag, 1. April, 20 Uhr
Erstaufführung
Kopf oder Schrift
Lustspiel von L. Verneuil
Dienstag, 27. März, 20 Uhr
Vorst. i. d. Volksb. (10) Spielplanänderung weg.
Erkrankung im Personal - Ueber die Kräfte.

ZentralTheater

DIREKTION: WALTER STEINERT
Voranzeige!
Vom 1. bis 15. April
Sensations-Gastspiel
der
Ausstattungs-Revue

Große Kleinigkeiten!

60 Mitwirkende!
30 Bilder!
300 Prachtkostüme!
Zur Zeit mit
sensationellem Erfolge
am Mellini-Theater Hannover
Vorverkauf ist eröffnet!

Rundfunk

Zeitschriften
mit Versicherung
Der neue Rundfunk
Die Sendung
Mit Programmen des In-
und Auslandes u. Bastel-
beilage
25 Pfennig
Buchhandlung
Volksstimme

ZentralTheater

DIREKTION: WALTER STEINERT
Nur noch bis 31. März!!
Täglich 8 Uhr:
Zwei große
Hartstein-Schlager!
U. a.:

Der Stolz der dritten Kompagnie

mit Hartstein in seiner Glanz-
rolle als Musketier Distelbeck!
Sonntag den 31. März
Abschieds-Gastspiel
Hartstein

Umpressen v. Herren- u. Damenhüten
bester Verarbeitung und billige Preise
Magdeburg-Buchau,
M. Silberberg, ThierstraÙe Nr. 10.

Das Siegerrad von Weltruf!

**NAUMANN
GERMANY**
AKTIENGESELLSCHAFT VON
SEIDELNAUBERG
DRESDEN • GEOR. 1868
Albert Osterwald G.m.b.H.
Himmelsreifestraße 22.

Technischer empfiehlt Herbold, Volksstimme



Größte Konsumverein-Organisation Mitteldeutschlands
30000 Mitglieder - gegründet 1904 - Beschäftigt 650 Personen

Backen Sie nicht

Festkuchen:
Bienenstich
Mandelbienenstich
Mandelkuchen
Streuselkuchen
Apfelkuchen
Butterkuchen
Zuckerkuchen
Käsekuchen
Topfkuchen I u. II
Stollen I u. II

Sister:
ohne Schokoladen-
überzug, mit Scho-
koladenüberzug
Affenstich mit und
ohne Schokoladen-
überzug

Torten:
Stephanie, Pückler
Praliné, Mignon
Wiener, Trüffel,
Ananas, Luise, Nutz-
Aprikosen- und
Apfeltorten
Sandtorten mit und
ohne Schokolade

Feingebäck:
Aufläufer, Baum-
stamm, Mohrenköpfe
Ballettschnitte
Teegebäck, Keks
Frankfurter Kränze
Ananas-Kränze

mehr selbst bei festlichen Gelegen-
heiten, sondern bestellen Sie Ihr
Gebäck zu Konfirmation und Oster-
fest bei uns. Wir backen für Sie unter
Beobachtung peinlichster Sauberkeit
und unter Verwendung besten Roh-
materials alles äußerst schmackhaft,
wie Sie selbst es nicht besser tun
können. Wir sind überzeugt, daß
Sie nach einmaligem Versuch nie-
mals wieder selbst backen werden

Bestellungen nimmt jede
Verkaufsstelle entgegen.

Konsumverein für Magdeburg u. Umgeg.
E. G. m. b. H.

Magdeburger Angelegenheiten

Vandalismus im Frühling

Nach dem Kalender war er seit 5 Tagen bei uns, der leuchtende, alles erweckende, lebensprühende Frühling, den wir Menschen Frühling nennen. Er ist der Freund aller Armen und Schwachen, die dem griesgrämigen alten Winter schon solange grollten. Darum suchten die Menschen jetzt auch die Gesellschaft des jungen Frühlings, indem sie hinauswandern in sein Reich. Im „Herrenkrug“ und überall in Gartenlokalen nahmen sie am Sonntag schon den Kaffee in feiner Gesellschaft ein.

Die Menschen mit Fahrrädern und die wanderrüstigen waren noch weiter hinausgegangen dem Frühling entgegen. Aber sie dankten es ihm nicht, daß er überall schon seine Arbeit begonnen hätte: den Weiden fehlte er Käsechen an, manchen Sträuchlein zartgrüne Blättchen, und andern wieder gelbliche Knospen. Zur Freude der Menschen tat er es, die ihn besuchten. Und was taten diese Wesen, die sich so gern „Krone der Schöpfung“ nannten? Sie brachen mit freier Hand alle nur erreichbaren Schönheiten ab und nahmen sie mit in ihr Heim. In keinem Fahrrad Felke der Käsechenfrau, in keines jungen Mädchens Hand das zartgrüne Bukett. Ist das der Dank der Schöpfungstrone für den fleißigen Frühling? Überall wird er heute, wo er schon seine Arbeit getan hatte, verwundete Sträucher und Bäume finden, die traurig über den Vandalen Mensch nun ihrem Erwecker Frühling gegenüber treten müssen.

Aber den Vögeln, die uns der Frühling wieder brachte, denen konnte der Mensch nichts anhaben. Hoch oben kirschiert die Lerche ihr schmetternd Lied. Die Goldammer schlägt in den Büschen, manche noch fleißig ihr Liedlein ügend, das sie im rauhen Winter verlernten. Blaumeisen und Kuckucke suchen Gelegenheit zum Nisten, wollen ihre Familie begründen für den Sommer. Hoch über dem Park kreist freies der Damschale, sein Schrei tönt wie ein Lockruf. Ueber dem Zuwachs freien Wildbienen, lassen sich auf das Wasser nieder, steigen wieder auf und ruhen wieder auf dem See. Mit hartem Flügelschlag ziehen Fischweiber ihre Kreise und krächzend dazwischen eine Schar Krähen.

Die Menschen achten auf diese Frühlingboten viel weniger, als auf das junge Grün. Drum kann auch eine Wildtaube über ihren Köpfen hoch oben im Baumwipfel ihr gerruch, gerruch, gerruch ertönen lassen, ohne gehört zu werden.

Die Menschen haben andre Sorgen im Frühling. Der Lieferantmann mit dem tanzenden Affen hat auf der Ebert-Brücke seinen „Vertrieb“ geöffnet. Er macht dem Kollegen mit der Schmitzenorgel harte Konkurrenz. Denn der hat nichts weiter zu bieten als sein Konzert. Dies und die zahlenden Menschen, die gehören auch zum Frühling, der wofol den Kopf schütteln mag über diese eigenartigen Leute. Aus seinem Kommen machen sie ein Geschäft. Aber diese Geschäftigkeit ist ein hartes Ding, ein Zwangserfolg der Winterzeit, in der die Lieferantmänner wohl manchen Tag haben darben müssen und das tanzende Affchen frieren, wie die armen Menschen.

Diese Welt ist sonderbar eingerichtet. Was die Natur mit übervollen Händen zur Freude aller geben will, machen sich einige zu Nutzen, manchmal ohne Grund, manchmal mit sehr viel Recht, denn sie wollen leben. Aber über dem Ganzen steht die Bezeichnung Kulturmenschen, wo doch ebensowohl Vandalismus herrscht, gegen die Natur und gegen arme Menschen.

Das große Wahngeschäft

Die Bemühungen der bürgerlichen Fraktionen im Stadtparlament um Wähler wurden allmählich doch ziemlich kurtisch an. All ihre Reden und Abstimmungen sind ja darauf eingeleitet: wie wirkt es auf Se. Majestät, den bürgerlichen Wähler. Es kommt ihnen nicht darauf an, gelegentlich ganz entschieden gegen die bessere Einsicht, gegen alle praktische und sachliche Heberzeugung zu handeln, wenn die Hoffnung besteht, daß sich Wähler damit fangen lassen. Wie bescheiden sie dabei auch sein können, das haben sie am Donnerstag bei der Beratung der Friedhofsordnung bewiesen.

Die bürgerlichen Fraktionen bekämpften die städtische Regie im Leichenfuhrwesen. Sie gaben an, das freie Gewerbe zu schützen. Dabei mußte die Rechte zugeben, daß das freie Gewerbe praktisch gar nicht in Betracht kommt, sondern nur ein, allerhöchstens einige Unternehmer, denen ein Monopol verpachtet wird. Es ist eine feststehende und stark begründete Auffassung der kommunalen Verwaltung seit über 100 Jahren, daß Leichentransport und Arbeiten auf den Friedhöfen Angelegenheiten der Gemeinde sind. Kirchengemeinden handeln sehr streng nach diesem Grundsatz. Dort sitzen Gewerbetreibende in den Vorständen, die nicht im Traume daran denken, das Bestimmungsrecht der Gemeinde irgendwie zu schmälern oder gar zu verpacken.

Bei der Beratung der Friedhofsordnung, insbesondere der Bestimmung über das Transportwesen, handelte es sich demnach — auch nach Ansicht der Rechtsfraktion — nicht um die Entscheidung, ob städtisches Monopol, oder freies Gewerbe, sondern um städtisches Monopol, oder verpachtetes Monopol. Die bürgerlichen Fraktionen stimmten für das verpachtete Monopol. Sie bekamen 1 Stimme Mehrheit. Danach beschlossen sie, daß das Monopol an einen der bisherigen Unternehmer verpachtet werde. Der Unternehmer wird nun bestimmt bürgerlich wählen, er hätte es offenbar ohnedies gemacht. Aber er ist nun sicher gewonnen. Ein Wähler gewonnen, gekauft! Hurra! Aber welche Partei bekommt ihn nun? Die Rechten, die Völkischen oder die Demokraten? Sie waren doch alle am Geschäft beteiligt!

In der Verichterstattung über die betreffende Stadtratsbesetzung haben die bürgerlichen Zeitungen mancherlei Unrichtigkeiten in die Welt gesetzt. Der „Generalanzeiger“ schreibt zum Beispiel, daß der Stadtrat Haupt erklärt hätte, die Leidtragenden würden häufig von Sarglieferanten übervorteilt. Das hat Stadtrat Haupt nicht gesagt. Er führte aus, daß den Leuten, denen ein Angehöriger gestorben ist und die in einer Stimmung sich befinden, in der man nicht wägt und rechnet, häufig Särge geliefert werden, die „der wirtschaftlichen Situation nicht entsprechen“, das heißt zu kostbar, über die Verhältnisse teuer sind. Nicht der Vorwurf der Übervorteilung ist gemacht worden, sondern der mangelhaften Verattung und Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Im übrigen haben die bürgerlichen Parteien auch auf dem Gebiete der Laits für viele Leistungen getrunken. Sie haben ihre Änderungsanträge durchbekommen, die Friedhofsordnung also ganz in ihrem Sinne umgestaltet. Als aber die Schlussabstimmung kam, stimmten sie gegen ihr eigenes Werk. Sie meinten offenbar, die Sozialdemokraten und die Kommunisten sollten die vermaßelte, verbogene und sinnlos gewordene Friedhofsordnung annehmen. Sie sollten die Suppe auslöffeln, die von den Völkischen zurechtgebaut worden war. Das geschah selbstverständlich nicht, die Ordnung fiel, damit aber auch die eben erst von den bürgerlichen Fraktionen beschlossenen Änderungsanträge. Die bürgerlichen Stadtratsmitglieder machten soweit wie möglich geistreiche Gesichtser. Aber sie haben mit ihrer Blamage — so hoffen sie — einen Wähler gewonnen. Einen einzigen! Gehit bloß noch, daß er eine neue Partei gründet und das Geschäft doch noch verbirbt.

Magdeburg bekommt einen Sender

Heute und morgen noch nicht. Bei den zuständigen Stellen der Post ist man aber stark dabei, die Vorarbeit für den Magdeburger Sender zu Ende zu bringen. Die tausende Rundfunkfreunde im Magdeburger Land werden diese Mitteilung freudig aufnehmen und nur einen Wunsch haben, daß der Sender recht bald aufgestellt werden möge. Wir erfordern diese Mitteilung auf der Eröffnungsfest der Funkausstellung des Magdeburger Arbeiterradiovereins aus dem Munde des Funkdezenten bei der Oberpostdirektion Magdeburg, Postrat G e r t. Es soll ein Gleichwellen-Sender nach dem System der schwingenden Quarzplatten aufgestellt werden. Die Einweihungsfeier begann mit einer kurzen Begrüßung durch den Vereinsvorsitzenden Genossen H ö l t e r m a n n. Der Rundfunk hat sich in kurzer Zeit die ganze Welt erobert. Die Männer von der Werkbank und vom Kontorjochel haben an der technischen Volkserziehung des Radios großen Anteil. Sie sind aber der

Auffassung, daß der Rundfunk nicht Herrscher über die Menschen sein darf, sondern Diener sein muß der Ideen der Arbeiterbewegung. Postrat G e r t freute sich darüber, daß auch in Arbeiterkreisen die Anteilnahme am Rundfunk immer aktiver wird. Der Magdeburger Sender wird kommen, wenn die nötigen Mittel vorhanden sind.

Direktor Dr. J a e g e r von der Mitteldeutschen Rundfunk-Aktien-Gesellschaft (Mira) in Leipzig, zog Vergleiche zwischen allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung, zwischen dem Bestreben der Arbeiterschaft und alter einsichtiger Wirtschaftskreise, den Tag des Werttägigen in gleichmäßige Verteilung aufzuteilen, nämlich in 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung und 8 Stunden Schlaf und dem Rundfunk, der zur rechten Zeit gekommen sei und für die Erholung ein immer wichtiger Faktor werde. Bei den Programmen der Leipziger Seidengesellschaft wird darauf Bedacht genommen, daß auch die Arbeiter am Rundfunk zu Worte kommen. Das hat sich bisher gut bewährt. Die Arbeiterführer haben die Eigenschaften, schwere Materien in volkstümlicher Art darzustellen, wodurch die Brauchbarkeit und Beliebtheit des Rundfunks wesentlich gesteigert wird.

Oberbürgermeister V e i m s wies darauf hin, daß der Rundfunk eine Erfindung ist, deren Tragweite noch gar nicht abzusehen ist. Millionen Arbeiter, Angestellte und Kleinbauern, die nicht in der Lage sind, sich Theater, Konzerte und Vorträge anzuhören, können durch den Rundfunk auch in der entferntesten Ecke Deutschlands Anteil nehmen an den Kulturgütern, an Kunst und Wissen. Vor 30, 40 Jahren waren die Arbeiter durch ihre furchtbaren Arbeits- und Wohnverhältnisse in großem Maßstabe befangen. Heute ist eine starke Wandlung deutlich sichtbar: Erhöhung von der Gleichgültigkeit! Die Arbeiter eroberten sich ein Gebiet nach dem andern, und damit bessert sich ihre gesamte Lage. Das ist auch beim Rundfunk so. Durch das gute Mittel der Organisation, wie es im Arbeiterradioverband angewendet wird, wird es mehr und mehr gelingen, auch stärkern Einfluß auf die Programmgestaltung zu bekommen.

Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt hielt dieser Tage seine zweite Vollsitzung ab. Er hatte eine sehr reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst wurde der Haushalt der Reichsanstalt, der auch die Haushalte der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter umfaßt, für das erste Halbjahr 1928 bewilligt. Die neue Geschäftsordnung konnte noch nicht abgeschlossen werden, weil bei ihr noch einige Differenzen beilegt werden müssen. Für die produktive Arbeitslosenversorgung (Konjunkturarbeiten) sind neue Richtlinien aufgestellt worden. Vom Reichsarbeitsminister lag eine Verordnung vor, in der die Genehmigung von Darlehen und Zinszuschüssen des Reiches oder der Länder für öffentliche Konjunkturarbeiten geregelt ist.

Zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten hat der Vorstand der Reichsanstalt einige Vorschläge ausgearbeitet, es handelt sich vor allem um den Ausbau der Angestelltenermittlung, um Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme und der Ertragsgründung, und Bildungsmaßnahmen und Fragen der Berufsberatung sowie um bevorzugte Heranziehung älterer Angestellter bei Verwaltungsarbeiten der Behörden und um bevorzugte Beschäftigung älterer Arbeiter bei Konjunkturarbeiten. Der Verwaltungsrat stimmte den Vorschlägen des Vorstandes zu. Ferner verabschiedete er die

Verordnung über den Wanderschein

wodurch geklärten männlichen Arbeitslosen die Möglichkeit geboten werden soll, auch während der Wanderschaft für einen Zeitraum von höchstens 10 Monaten im Jahre die Unterstützung zu beziehen. Eine besonders wichtige Frage, zu der der Verwaltungsrat Stellung zu nehmen hatte, war die Regelung der Gewährung von Unterstützung bei Streik und Aussperrung. Das Gesetz schließt nur die unmittelbare an Arbeitskämpfen beteiligten Arbeitnehmer von der Unterstützung aus; dagegen läßt es für die Arbeitnehmer, die nur mittelbar infolge eines Arbeitskampfes arbeitslos werden — z. B. Bauarbeiter infolge Arbeitskampfes in der Ziegelindustrie — die Unterstützungsgewährung nur unter gewissen Voraussetzungen und nur dann zu, wenn die Verweigerung eine unbillige Härte wäre. Der Verwaltungsrat hat nun, um den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter für ihre Entscheidungen Anhaltspunkte zu geben, die Fälle benannt, in denen seiner Auffassung nach eine unbillige Härte nicht in Frage kommt.

Die schwierigste Frage, mit der sich der Verwaltungsrat zu beschäftigen hatte, war die Neuordnung der Wartezeit für Arbeitslose. Das Gesetz sieht eine grundsätzliche Wartezeit von sieben Tagen vor, die durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt unter Umständen verkürzt und für die Gewerbe mit berufstätiger Arbeitslosigkeit verlängert werden kann. Die Reichsanstalt beschloß, bereits am 1. April des Jahres mit Ablauf der zurzeit geltenden Verordnung über die Wartezeit die



UNERREICHT
in der mild-ausgeglicheneren
Geschmackswirkung ihrer
echten Macedonen-Mischung
**DOCH JEDEM
ERREICHBAR**
in ihrer Preislage von **5 Pf.**
ist die neue Cigarette
KURMARK
In ihr finden Sie,
was Sie suchen.



Brüder, in eins nun die Hände...

Unterbezirkskonferenz in Wschersleben

Am Sonntag waren in Wschersleben die Delegierten der Unterbezirke Calbe-Wschersleben-Cuedlinburg zu einer wichtigen Tagung zusammengekommen. Es galt die Wahltagung vorzubereiten und die Kandidaten zu benennen. Wie stark und fest die Organisation gerade in diesem Teile unseres Bezirkes ist, bewies die stattliche Zahl von 73 Delegierten und die große Anzahl von Gästen, die an der wichtigen Konferenz teilnahmen. Der Arbeiter-Sängerbund Wschersleben trug im schön geschmückten Saale des „Neuen Kaffeegartens“ zwei glänzende festungene Begrüßungslieder vor, die den Beratungen die Weihe gaben. „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Welcher, zum Licht empor!“ erscholl es kampfs- und siegesbewußt, die Funktionäre auffeuernd, durch den Saal. Zur Einigkeit und Geschlossenheit, die die Vorbedingungen für die Erreichung des Sieges sind, rief das „Brüder, in eins nun die Hände“ auf, das mahnend den Konferenzteilnehmern ans Ohr drang. Und diese Einigkeit im Hinblick auf das Ziel, diese Unbeirrtheit im gemeinsamen Handeln und Kämpfen lag über der Konferenz und beherrschte alle bei den Beratungen und Entscheidungen. Diesen großen und erhebenden Gesamteindruck konnten auch die einzelnen hier und da auftauchenden Meinungsverschiedenheiten nicht verwischen, sondern nur noch verstärken, denn alle alle gliederten sich sofort wieder ein in die feste, unerschütterliche Front der Wahlkämpfer in freiwilliger Disziplin, wenn die Mehrheit gegen ihre Auffassung entschied. Alle erfüllte der starke Wille, den Kampf um die Macht im republikanischen Staate mit Umsicht vorzubereiten und mit Entschiedenheit durchzuführen in der sichern Zuversicht auf den Sieg der Sozialdemokratie.

In seinem Begrüßungsreden betonte der Vorsitzende des Unterbezirkes Calbe, Genosse Buh (Schönebeck), daß zum erstmaligen nach der Revolution die Funktionäre des alten Reichstagswahlkreises Calbe-Wschersleben-Cuedlinburg wieder zusammen ragen. Er gedachte der gemeinsamen Kämpfe, die unter dem wilhelminischen System ausgefochten wurden, und begrüßte herzlich die alten Lehrenmeister der Parteiorganisation, die Genossen Siegorowski und Greiner. Dann ehrte er das Andenken der Toten, die aus unserer Mitte gerissen wurden. Viele bewährte Genossinnen und Genossen werden uns im Wahlkampf fehlen. Ihre Arbeit müssen die Jungen übernehmen und ihnen nachzusehen im Dienste der Partei.

Den Geschäftsbericht erstattete Parteisekretär Genosse Peters. Getreu der alten Tradition hat sich die Entwicklung der Parteiorganisation des Bezirkes ständig weiter aufwärts bewegt. Von 1884 zahlenden Mitgliedern liegen wir im Bezirk Cuedlinburg auf 2688 und haben jetzt den Stand von 3292 Mitgliedern erreicht. Im Bezirk Calbe nahm die Mitgliederzahl von 3027 auf 3239 zu und ist jetzt auf 3579 Mitglieder angewachsen. Über 7000 zahlende Mitglieder können wir also aufweisen. Mit diesem festen Stamme muß sich ein glänzender Wahlkampf führen lassen. Der intensiven Kleinarbeit unserer Funktionäre und vor allem der unermüdbaren Arbeit der Unterklärer verdanken wir den erfreulichen Aufstieg der Organisation.

Luftige Erfolge sollen uns anspornen, noch mehr zu tun, den Funktionärsvorwärt bis zu den Wahlen noch weiter auszubauen und festen Fuß zu fassen in allen Arbeiterorganisationen; denn

die Partei ist die Hauptsache,

erst nach ihr kommen die speziellen Gebiete der einzelnen Vereine und Verbände. Die Jugend vor allem gilt es heranzuziehen für die Partei als unsere Nachfolger und Kämpfer. Auch die Frauenbewegung hat einen glänzenden Aufstieg genommen und die Arbeiterwohlfahrt hat Großartiges geleistet für viele notleidende Mitmenschen. Erfreulich ist es auch, daß sich die Konsumvereinsbewegung in unsern Kreisen so stark entwickelt hat.

Disziplin zu halten in allen Zusammenhängen, im Funktionärsvorwärt, in den Fraktionen der kommunalen Parlamente, ist unbedingte Voraussetzung für erfolgreiches Wirken. Bei der Agitation ist zu beachten, daß die Arbeitsgebietsleitungen sich auch um die wenigen Orte kümmern, in denen wir noch keine Ortsgruppen haben. Das Volkskino als Agitationsmittel hat auf dem Lande Anklang gefunden; es muß allerdings noch verbessert werden.

Die Finanzen der Organisation und des Abrechnungswesen sind gut. Die Kommunal-Konferenzen haben sich bewährt. Auch die Amts- und Gemeindevorsteher werden zu Besprechungen zusammengeholt werden. Die Pflege der Kommunalpolitik ist eine Hauptaufgabe unserer Partei. Es ist das Nächste liegende für die große Masse des Volkes. An dem kommunalpolitischen Wirken unserer Genossen erkennen die Wähler sichtlich den Wert der Sozialdemokratischen Partei.

Schulungsarbeit kann gar nicht genug geleistet werden und muß immer wieder von neuem einsetzen, beim der Opa und die Herkumbungen, mit denen man gegen uns arbeitet, versuchen in immer neuen Formen auf die Volksmassen einzuwirken. Bildungsausschüsse müssen überall geschaffen und Bildungsvorträge in Verbindung mit den Mitgliederversammlungen gehalten werden. Nicht müde werden, nicht nachlassen, das ist die Parole.

Die Vergangenheit war reich an Arbeit, aber auch reich an Erfolgen. Dank allen Mitarbeitern, allen Funktionären und Mitgliedern, die

keine Mühe und keine Opfer gescheut

haben. In den kommenden Wahlkämpfen werden ihre Kräfte wieder bis zum äußersten angepannt werden. Wir wollen uns würdig zeigen dem guten Ruf und dem Ansehen, das unsere Bezirksorganisation in der Partei genießt.

Landtagsabgeordneter Genosse Kasten (Schönebeck) erarbeitete dann einen interessanten Bericht über die Tätigkeit der preussischen Landtagsfraktion. Die Angriffe der Reaktion auf Preußen sind abgeklungen. Das „System Seevering“ hat weiter Gutes wirken können für das Volk. Auf dem Wege der Demokratisierung der Verwaltung muß es noch schneller und rücksichtslos vorwärtgehen. Es ist umhaltbar, daß von 416 Landräten nur 55 Parteigenossen sind. Es ist bedauerlich, daß eine umfassende Verwaltungsreform zur Neuordnung des kommunalen Lebens nicht durchgeführt werden konnte. Die Sachlage, die die Reichsparteien im Bunde mit den Kommunisten betreiben, muß durch die Stärkung der Sozialdemokratie nach den Wahlen aus dem Landtag verschwinden.

Die Hauszinssteuer belastet die kleinen Hausbesitzer; das ist richtig. Aber nicht die Sozialdemokraten haben sie geschaffen, sondern Stresemann hat sie durch Notverordnung eingeführt und sie den Gemeinden als Einnahmequelle überwiesen. Wenn sie zum Wohnungsbau Verwendung findet, hat sie einen guten Zweck erfüllt. Die Härten sollten radikal beseitigt werden, aber die Kommunisten sparen es, die mit den Reichsparteien am 26. März 1928 diese Absicht der Sozialdemokratie sabotierten, so daß eine weitgehende Ermäßigung nicht eintreten konnte.

In der Sozialfürsorge haben wir das denkbar Mögliche getan. Aber angesichts der Notstände ist es noch nicht genug; doch die Mittel haben gefehlt. Und das haben wir der Steuerpolitik des Reiches mit ihren Geschenken an die großen Steuerzahler zu verdanken. Auch in der Kulturpolitik bleibt noch sehr vieles zu tun übrig. Wir wollen einen neuen Staat aufbauen, der dem Volke dient und kein Instrument der herrschenden Klasse ist. Wir ziehen

mit blankem Schild

in den Wahlkampf. Aller Schmutz, der gegen uns geworfen ist, hat unsern Schild nicht im geringsten bedecken können. Klar und rein sind unsere Absichten, ist unsere Politik. Dem Wohle des Volkes gilt es. „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“, das ist der Weg, den wir beschreiten.

An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Guth (Thale), Schulze (Wschersleben), König (Stahfurt), Wenkel (Thale), Lubranjchik (Salzelmen), Franemann (Calbe) und Oberländer (Thale). Es wurden erörtert: das gute Verhältnis zum Reichsbanner, die Vertiefung der Fraktionsführer der Kommunalparlamente an den Kommunal-Konferenzen, die fortwährende Bege der Landverbände, die Betriebsagitation und das Verhältnis zur Arbeiterwohlfahrt.

Reichstagsabgeordneter Genosse Kerl gab der Kreise des Bezirkesverbandes Ausdruck, daß die Organisation in den beiden Unterbezirken so gut ist, daß über 1000 Mitglieder gewonnen wurden und daß die Beitragsleistung noch gestiegen ist. Sie vermehrte sich in Cuedlinburg um 2529 Mk. und in Calbe um 6794 Mk. Besonders gute Erfolge haben Schönebeck, Thale und Warby aufzuweisen. In Warby sind von 5000 Einwohnern 650 in der Partei organisiert. Die Ausbildung und Schulung unserer Funktionäre ist nach wie vor mit Eifer zu betreiben. Zu Differenzen zwischen der Leitung des Ortsvereins und der Frauengruppe darf es nirgendwo kommen. Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt sind klar vorgezeichnet und danach muß man sich überall richten.

Die Wahltagation mit der grünen Revolution, wie sie jetzt die Großagrarier unter Mißbrauch des Landvolks für die Deutschnationalen betreiben, wird nichts an der Niederlage dieser Volkseinde ändern. Mit der Zeit werden auch die Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibenden einsehen lernen, daß sie mit den Schlagwörtern der Junker und Industriellen gegen die Sozialpolitik und die Lohnherhöhungen irreführend sind und daß sie die Geschäfte der Großbesitzer betreiben haben. Steigerung der Kaufkraft der breiten Masse durch ausreichende Löhne und Sozialrenten sichert auch dem Mittelstand erhöhtes Einkommen, ein Abbau der Sozialrenten und Löhne aber bringt ihm den Bankrott.

Zeichne einfachen Schilderungen von Tatsachen sind es, die im Wahlkampf durch persönliche Agitation den Wählern in den Wohnungen nahegebracht werden müssen.

Ein Herr von Funktionären

müssen wir in die Familien schiden und im persönlichen Gespräch, als Versammlung in der Familie, die Angriffe der Gegner entkräften und unsere Ideen wirken lassen. Dann ist uns um einen glänzenden Erfolg nicht bange.

Auf Antrag des Genossen Loh (Wschersleben) wurde Genosse Kerl (Magdeburg) einstimmig als Reichstagskandidat für Cuedlinburg-Calbe-Wschersleben nominiert.

Zum Kandidaten für den Landtag wurde dann nach längerer Aussprache Genosse Kasten (Schönebeck) bestimmt; als zweiten Kandidaten hat man den Genossen Wegener (Thale) benannt.

Danach tagten die beiden Unterbezirke getrennt. In der Konferenz des Kreises Calbe hielt Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Gde (Alten) einen Vortrag über die Arbeit unserer Fraktion im Provinzialparlament. Er sprach insbesondere über den Wohnungsbau, die Anstalten, die Gasfernversorgung und die Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft. Kreisaußschußmitglied Genosse Buh (Schönebeck) berichtete über das Wirken unserer Fraktion im Kreisrat. Finanzpolitik, Straßenbau und Wohnungsbeschaffung wurden besonders erörtert. Die Eingemeindungsfrage Schönebeck-Frohse und Salzelmen behandelte Landrat Genosse Buh. Er und Genosse Kasten betonten die Notwendigkeit der Zusammenlegung dieser drei Nachbargemeinden. Auf Anfrage des Genossen Wiczorowski (Stahfurt) schilderte Genosse Buh die Aussichten des Bergwerksbetriebs der Gewerkschaft Wolf in Calbe: Die Kohle ist gut. Das Unternehmen muß sich aber gegen das Syndikat erst Abzweige erkämpfen. Der Kreis führt einen Kampf mit der Gewerkschaft um den Förderzins. Ein abschließendes Urteil über die Rentabilität und die Aussichten der Gewerkschaft ist noch nicht möglich, zumal auch ein Bericht vom letzten Jahre noch nicht vorliegt.

Als Delegierte zum Bezirksparteitag in Magdeburg wurden gewählt die Genossen Müller (Stahfurt), Sellge (Schönebeck), Peters (Eggersdorf), Bachmann (Wenddorf) und die Genossinnen Wüpling (Calbe) und Gräßhoff (Warby).

Der Unterbezirksvorstand setzt sich zusammen aus den Genossen Buh (Schönebeck), Gde (Alten), Schiller (Calbe), W. Franz (Warby), Mazarin (Welnitz), S. Hoffmann (Löhndorf), Seiler (Eggersdorf) und den Genossinnen Mundt (Schönebeck) und Elberer (Alten). Der Kreisbildungsausschuß besteht aus den Genossen Lubranjchik (Salzelmen), Bachmann (Wenddorf), und Genossin Möbius (Stahfurt). Als Mitglied des Kreisbildungsausschusses für Arbeiterwohlfahrt wurde Genossin Richter (Calbe) gewählt. Presskommissionsmitglied wurde wieder Genosse Kasten (Schönebeck) und Kreisaußschußmitglied Genosse W. Franz (Warby).

In der Sondertagung des Unterbezirkes Wschersleben-Cuedlinburg gab Provinziallandtagsabgeordneter Genosse Loh (Wschersleben) einen Bericht über die Tätigkeit des Provinziallandtags, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Er schilderte dann die Forderungen unserer Fraktion: Wohnungsbau, Bau von Reichsbahnen, Gasfernversorgung in provinzieller Regie, Errichtung eigener Steinbrüche, eigener Kohlengruben, Ausgestaltung der Einrichtungen des Landesfürsorgeverbandes, Arbeitsbeschaffung, Befestigung des Jugendhauscharakters der Fürsorgeanstalten usw. Er erörterte dann die Württembergfrage sowie die Straßen-, Brücken- und Talsperrenbauten. Hierauf schilderte Genosse Schinzel (Thale) über die Tätigkeit des Kreisrats des Landkreises Cuedlinburg. Er schilderte die Steuer- und Beamtenverhältnisse, die Fürsorgeeinrichtungen, die Frauenschule in Thale usw. Die Aussprache war eingehend. Es äußerten sich die Genossen Landrat Runge, Groß (Cuedlinburg), Reichstagsabgeordneter Kerl (Magdeburg) und andre.

Dann wurden Wahlen vorgenommen. Dabei kam es ebenfalls zu längeren Erörterungen. Zum Teil wurden die Wahlen mit Stimmzetteln vorgenommen. Einige der bisherigen Unterbezirksvorstandsmitglieder verzichteten auf eine Wiederwahl. Zu Zukunft wird sich nach den Neuwahlen der Unterbezirksvorstand wie folgt zusammensetzen: 1. Vorsitzender Loh (Wschersleben), 2. Vorsitzender Wegener (Thale), 1. Schriftführer Oberländer (Thale), 2. Schriftführer Gutbier (Nachterstedt), Beisitzer Striegnitz (Schneidlingen), Gerlach (Thale), und die Genossinnen Gerlach (Cuedlinburg) und Wüpling (Nachterstedt). In den Kommunalaußschuß wurden gewählt Loh (Wschersleben), Gutbier (Nachterstedt), Käthe (Wschersleben), Groß (Cuedlinburg), Weidling (Weddersleben), dem Bildungsausschuß sollen angehören: Larisch (Wschersleben), Käthe (Wschersleben) und Fischer. Als Kreisaußschußmitglied wurde Klees (Wschersleben) gewählt. Zu Delegierten zum Bezirksparteitag wurden bestimmt: Feuerstake, Guth, Gutbier, Kaumann und Genossin Schulte.

Der Konferenzleiter, Genosse Buh, schloß die Tagung mit dem Ruf: Vorwärts mit neuer Kraft zum Siege der Sozialdemokratie! Heran an die Macht! —

Endlich mal was anderes!

„SUPERIA“
die neue charaktervolle
Zigarette

5-3

ZUBAN

